

Private Elite-Universität in Bremen eröffnet

20.09.2001

Von

Sylvain Coiplet

In Bremen ist die erste private Elite-Universität nach US-Muster eröffnet worden. An der International University Bremen (IUB) lernen zunächst 130 Studenten aus 70 Ländern. Bis zum Jahr 2005 wird eine Studenten-Zahl von 1200 angestrebt. Die Kosten sollen durch Studiengebühren von 15 000 Euro pro Jahr und durch die Einwerbung von Forschungsgeldern gedeckt werden. Die Bewerber werden aber unabhängig von ihrer finanziellen Situation ausgewählt. Stipendien und vor allem Darlehen sorgen dann dafür, daß sie ihr Studium auf jeden Fall aufnehmen können.

In seiner Eröffnungsrede spricht sich der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt für eine Reform der Hochschulpolitik. Typisch ist dabei, daß er zunächst über Politik redet und erst dann über die Hochschulen selbst. "Es ist ein prinzipieller Fehler, die Organisation unseres Schul- und Hochschulwesens für alle sechzehn Bundesländer zentral und einheitlich regeln zu wollen. Obgleich es sich hier nach dem Grundgesetz um eine Sache der Länder handelt, haben deren Kultusminister seit Jahrzehnten zunehmend sich auf einen unzweckmäßigen Zentralismus eingelassen und Bundesinstanzen de facto immer mehr Zuständigkeiten eingeräumt. Es wäre zweckmäßiger, den Ländern die Freiheit zurückzugeben, untereinander um die besten Schul- und Hochschulsysteme zu konkurrieren."

Helmut Schmidt muß aber gleich gestehen, daß diese Freiheit der Länder nicht gleichbedeutend mit der Freiheit der Hochschulen ist. "Warum erlauben nicht alle Länder ihren Universitäten ein höheres Maß an Selbstorganisation und Eigenverantwortung, entrümpeln ihre Landesgesetze und ihre Kultusbürokratie, die heute in Wahrheit weitgehend die Universitäten regiert, und schaffen Freiraum für ein modernes Management durch die Universitäten selbst?" Das ist eben die Frage. Die Antwort ist einfach: Politiker geben in der Regel nur dann Macht ab, wenn sie dadurch Geld sparen können. Sie sind deswegen auf einen Zentralismus in der Hochschulpolitik eingegangen, weil der Bund ihnen im Gegenzug einen guten Teil der Bildungskosten abgenommen hat. Sie hatten dadurch mehr übrig für dasjenige, wofür sie sich begeistern konnten, nämlich den Bau von Straßen, Flughäfen und derlei Projekte, welche die Menschheit wirklich weiter bringen. Den Hochschulen würden solche Politiker auch nur dann Macht abgeben, wenn sich dadurch Geld sparen lassen würde. Helmut Schmidt weiß schon um diesen Mechanismus. Er würde sonst nicht besonders betonen, daß deutsche staatlichen Universitäten pro Kopf sogar teurer als einige amerikanische Privat-Universitäten sind.

Statt sich irgendetwas von einer Reföderalisierung der Hochschulpolitik zu versprechen, hätte Helmut Schmidt besser getan, seine Zeit als Bundeskanzler zu nutzen, um die Länder zugunsten der Universitäten zu entmachten. Er hätte einfach ihre Befreiung zur Bedingung jeder Mitfinanzierung machen können. Helmut Schmidt konnte sich aber erst zehn Jahre danach von der Notwendigkeit staatlich unabhängiger Universitäten überzeugen. Eine verpaßte Chance. Nun steht die ganze Diskussion um New Public Management im Zeichen der Sparpolitik. Heißt es, daß Schulen nun über eine Globalbudgetierung statt über Einzelabrechnungen finanziert werden müssen, so bedeutet es für den Staat keinen Verzicht darauf, die Lernziele dieser Schulen durch seine Lehrpläne bis in jede Einzelheit festzulegen. Sie sollen nur selber sehen, wie sie diese Lernziele am besten erfüllen. Schaut man auf die Freiheiten, die der privaten Universität Bremen von politischer Seite gewährt wurden, so stößt man auf dasselbe Phänomen. Sie darf amerikanische Mittel anwenden, wenn es zu den politisch erwünschten Zielen führt.

Mitte der neunziger Jahre wurde Frankreich dezentralisiert. Das war wirklich die größte Reform des

Jahrhunderts. Die Entscheidungen der Zentralregierung werden seitdem dezentral durchgeführt. Getroffen werden sie natürlich weiterhin zentral. Erzählt man diese Geschichte deutschen Politikern, so hat man immer die Lacher auf seine Seite. Erzählt man ihnen dieselbe Geschichte, wie sie bisher zwischen deutschen Bildungspolitikern und Hochschulen verläuft, dann lachen sie nicht mehr.

Hat Ihnen die Lektüre gefallen?

Dann spenden Sie uns bitte so viel, wie es Ihnen wert ist, dass wir weiterhin solche Texte veröffentlichen können. Tip: Sie können auch den Namen des Autors im Verwendungszweck angeben, wenn wir uns um Texte dieses Autors besonders bemühen sollen. [Hier gehts zum **Spendenformular**](#)

Artikel verbreiten



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#)